

CANADA

ISSN 1182-3100

Newspaper serving the German Speaking Communities  
Journal de la communauté germanophone

If undelivered, please return to:  
Si non réclamé, prière de retourner à

Das Echo, PO Box 27  
Pointe-Claire, QC, H9R 4N5  
Printed in Ontario



Die Zeitung für Deutschsprachige in Kanada und USA



Nummer 44/294/ 28. Jahrg.

THE LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA

Dezember 2006 / \$3.50

### Diesen Monat im Echo:

Die deutschen Sprachschulen stellen sich in einer Serie den Echo-Lesern vor. Heute: Die Deutsche Sprachschule in Montreal (Westinsel), Quebec. Details finden Sie auf Seite 22.



### Ausverkauf in der deutschen Industrie?

Führende Manager warnen vor einem Ausverkauf in der deutschen Industrie, wenn die heimischen Konzerne nicht mehr Rückhalt im eigenen Land erhielten. „Die Politik und die Gesellschaft sollten uns unterstützen, vorn dabei zu sein“, sagte Paul Achleitner, Finanzvorstand des Münchener Allianz-Konzerns, der Zeitung „Die Welt“ „Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass Deutschland eines Tages konzernfreie Zone ist“, fügte Achleitner hinzu.

#### INHALT

Impressum	02
Politik	03-06
Wirtschaft	07-09
Lokales	10-17
Panorama	19-26
Bücherecke/Lieder	27
Küche/Rätsel	28
Heiteres/Bestellschein	29
Horoskop / Forum	30
Gesundheit	32
Märchen	33
Leichte Unterhaltung	34-35
Junges Echo	36-37
Sport	38



Zum 48. Mal wurde der traditionelle „Österreichische Ball von Montreal“ ganz im Glanz und Glorie der Wiener Balltradition, mit den unübertrefflichen Walzertänzen, eleganter Atmosphäre und charmanten Debütantinnen, am 18. November im Hotel Marriott Chateau Champlain, unter der Schirmherrschaft des österreichischen Botschafters, Dr. Otto Ditz (mi) und der Generalkonsulin, Ulrike Billard (li), festlich gefeiert. Neben dem Botschafter ist die Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft, Elizabeth Wirth und Vizekonsulin des Generalkonsulats, Elisabeth Canisius, zu sehen. Auf den Seiten 20 und 21 erfahren Sie mehr über den Ball. Foto: Das Echo

## Irak-Einsatz: Kein Ende in Sicht

Der Militäreinsatz der USA im Irak dauert inzwischen länger als die amerikanische Beteiligung am Zweiten Weltkrieg.

Der Militäreinsatz der USA im Irak dauert inzwischen länger als die amerikanische Beteiligung am Zweiten Weltkrieg. Mit drei Jahren und gut acht Monaten seit 19. März 2003 wurde am 26. November die Kriegsdauer vom Zweiten Weltkrieg überschritten. Zwar erklärte US-Präsident George W. Bush die Kampfhandlungen im Irak am 1. Mai 2003 offiziell für beendet, dennoch sprechen Analysten angesichts der anhaltenden Gewalt und der darauf folgenden Militäreinsätze von einer Fortsetzung des Krieges.

Nach einer Statistik erhöhte sich die Zahl der seit Kriegsbeginn im Irak getöteten US-Soldaten auf 2.874. Allein 55 kamen im noch laufenden November ums Leben.

Politische Beobachter haben wiederholt hervorgehoben, dass seit dem Überschreiten der 2.000-Marke ein deutlicher Abfall der Unterstützung für den Irak-Krieg in der amerikanischen Öffentlichkeit zu verzeichnen ist. Beim Vietnam-Krieg bedurfte es für diesen Meinungsumschwung erst des Todes von mehr als 20.000 Soldaten.

Der Vietnam-Krieg, in dem insgesamt 58.000 US-Soldaten ums Leben kamen, markiert mit acht Jahren und fünf Monaten den bisher längsten Militäreinsatz der USA. Länger als der Irak-Krieg dauerten außerdem der Revolutions- beziehungsweise Unabhängigkeitskrieg (rund sieben Jahre) sowie der Bürgerkrieg (rund vier Jahre). Im Bürger- beziehungsweise Sezessionskrieg

von 1861 bis 1865 gab es mit mindestens 620.000 auch die meisten Todesopfer unter US-Soldaten. Im Zweiten Weltkrieg lag diese Zahl unter den US-Truppen bei 406.000, im Ersten Weltkrieg bei 116.000.

Unterdessen berichtete die US-Zeitung „New York Times“, die am Aufstand im Irak beteiligten radikalen Gruppen verfügten über so große Einnahmen, dass sie sogar schon Terrorgruppen im Ausland mitfinanzieren könnten. Mit dem Schmuggel von Erdöl, Entführungen, Geldfälschung und Spenden islamischer Wohltätigkeitsorganisationen kassierten diese irakischen Gruppen pro Jahr bis zu 200 Millionen Dollar (153 Millionen Euro) berichtete das Blatt in der Internet-Ausgabe.

### Schweiz: Solidaritätsbeitrag für die Oststaaten

Bern - (SDA). Die Schweiz leistet den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten einen Solidaritätsbeitrag von einer Milliarde Franken und vereinheitlicht die Kinderzulagen. Das SRG-Hochrechnungszentrum hat ein 53- und ein 68-prozentiges Ja errechnet.

Das Ja zum Osthilfegesetz ermöglicht es der Schweiz, den Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft in Osteuropa weiter zu unterstützen. Es bildet auch die Rechtsgrundlage, um mit eigenen Projekten die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU mit 1 Milliarde, verteilt auf 10 Jahre, abzubauen zu helfen.

Beim Osthilfegesetz hatten die SVP und die kleinen Rechtsparteien das Referendum ergriffen. Im Abstimmungsresultat zeigt sich ein Gegensatz zwischen den befürwortenden städtischen und den ablehnenden ländlichen Kantonen. Die Romandie stimmte mehrheitlich zu, das Tessin klar dagegen.

Das mit einem Zweidrittelsmehr angenommene Familienzulagengesetz beseitigt mit landesweiten Mindestansätzen von 200 Franken pro Kind und 250 Franken für Jugendliche in Ausbildung Ungleichheiten von Kanton zu Kanton. Der Gewerbeverband hatte mit Hilfe der SVP eine Abstimmung gegen die «neue Sozialversicherung» erzwungen.

Gerechtigkeitsfrage beschäftigt den Parteitag

### Welche Richtung nimmt die CDU?

Die Spitzen der CDU bereiten in Dresden ihren ersten Bundesparteitag nach der Wahl Angela Merckels zur Kanzlerin vor. Viel Konfliktpotenzial wartet auf die Delegierten: Es geht um nichts geringeres als die künftige Ausrichtung der Christdemokraten. Und um die Frage: Wie viel Sozialdemokratie verträgt die Partei?

